



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

# **Deutsche Geschichte**

**Class, Heinrich**

**Leipzig [u.a.], 1921**

Österreich nach dem Ausgleich

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-83815](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-83815)

### Österreich nach dem Ausgleich.

Nachdem Beust infolge des Ausgleichs Reichsminister für das Auswärtige geworden war, wurde in Österreich in den letzten Tagen des Jahres 1867 unter dem Vorstehe des Fürsten Carlos Auersperg ein Ministerium gebildet, das zum größten Teil aus Bürgerlichen liberaler Gesinnung bestand (sog. Bürgerministerium); führenden Einfluß gewann der Justizminister Herbst, bisher Professor an der Prager Hochschule. Dieses Ministerium, das bald nach seiner Berufung und auch weiterhin Änderungen in der Personenzusammensetzung durchzumachen hatte, kämpfte erfolgreich gegen die unbotmäßige katholische Geistlichkeit, bemühte sich, der Geldnot zu steuern, und brachte dem Lande neben der Pressfreiheit Vereins- und Versammlungsfreiheit.

Vieles Nützliche und Gute geschah — aber eines tat dies fast ganz aus Deutschen bestehende Ministerium nicht: es verstand es nicht, den geschichtlich begründeten Anspruch der Deutschen auf Sicherung ihrer Rechte auch in den Kronländern, wo sie in der Minderheit waren, durchzusetzen; ja nicht einmal die deutsche Staatsprache wurde gesetzlich festgelegt. Schon im Herbst 1868 trat Fürst Carlos Auersperg zurück; ihm folgten rasch mehrere Ministerien, deren politische Haltung von der bisher eingenommenen nicht wesentlich abwich.

Grundstürzendes sollte eingeleitet werden mit der Anfang 1871 erfolgten Ernennung des Grafen Hohenwart zum Ministerpräsidenten. Dieser verhängnisvolle Mann erwirkte nicht nur die Zusage, daß der Kaiser sich in Prag zum König von Böhmen krönen lassen wolle, wobei die besonderen Rechte des Landes in dem Krönungseide beschworen werden sollten — er legte auch dem Prager Landtage die sog. „Fundamental-Artikel“ vor, die er mit den Führern der Tschechen vereinbart hatte. Sie besagten nicht mehr und nicht weniger, als daß Böhmen die gleiche Stellung innerhalb des Gesamtreichs erhalten sollte, wie sie Ungarn zugestanden war; eine Fülle verwickeltster Bestimmungen und Einrichtungen sollte die Beziehungen zu dem übrigen Österreich und zu dem Gesamtstaate regeln. Österreich wäre zerschlagen, eine wirkliche Staatsverwaltung wäre unmöglich geworden, hätten diese Vorschläge Gesetzeskraft erlangt. Als sie bekannt wurden, bäumten sich nicht nur die Deutschen, deren Unwillen Hohenwart schon vorher durch seine rückschrittliche Politik erregt hatte, in gerechter Empörung auf — auch Beust sah sich zum Einschreiten veranlaßt und reichte dem Kaiser am 13. Oktober 1871 eine Denkschrift ein, in der er wiederum vom Standpunkte der auswärtigen Politik und der Machtstellung des Reiches gegen diesen neuen Versuch, ein „föderalistisches“ Österreich zu schaffen, entschieden Stellung nahm. Er stand dabei wohl



nicht nur unter dem Eindruck der deutschen Kundgebungen im ganzen Lande, sondern auch noch unter dem Einflusse der Unterredung, die er zwei Monate vorher mit Kaiser Wilhelm I. in Gastein gehabt hatte; damals hatte der Sieger von Königgrätz geäußert: Er habe Kaiser Franz Josef in Ischl die Versicherung gegeben, niemand denke daran, die österreichisch-deutschen Provinzen zu gewinnen. Freilich habe er hinzugefügt, was er auch dem Zaren Alexander gesagt habe, daß er nichts sehnlicher wünsche und wünschen müsse, „als daß die Deutschen in Rußland sowohl als in Österreich sich zufrieden fühlen und nicht in die Lage gebracht werden, die Köpfe nach uns zu wenden und uns dadurch Verlegenheit zu bereiten“.

Graf Andrassy, der erste ungarische Ministerpräsident nach dem Ausgleich, vertrat — wie Beust nach anfänglichem Schwanken — dieselbe Meinung wie jener; dieser staatsmännische Kopf hatte klar erkannt, daß die madjarische Vorherrschaft in Ungarn auf die Dauer nur mit einer deutschen diesseits der Leitha möglich sei. Der Kaiser gab den Warnungen beider Gehör: Hohenwart wurde am 27. Oktober entlassen; vier Tage später erging eine neue Zuschrift des Herrschers an den böhmischen Landtag, in der die sechs Wochen vorher gemachten Zusagen mehr oder weniger verschleiert zurückgenommen wurden. Beust selbst wurde ein Opfer seines Sieges und mußte zurücktreten.

So kurz die Wirksamkeit Hohenwarts gewesen ist, sie hat die Zerrüttung Österreichs in entscheidender Weise gefördert; denn sie erschütterte nicht nur das Vertrauen der Deutschen zur Krone und zum Staate, sondern enttäuschte und verbitterte auch die Tschechen aufs tiefste, nachdem sie ihnen die Sonderstellung Böhmens als fast erreichtes, für die Zukunft also wohl erreichbares Ziel vor Augen gestellt hatte.

Nach einem kurzlebigen Übergangsministerium wurde Ende des ereignisreichen Jahres 1871 Fürst Adolf Auersperg zur Regierung berufen, der gleich seinem Bruder Carlos zuverlässig deutsch und freiheitlich gesinnt war. Er bildete das überwiegend aus Deutschen bestehende sog. „Doctoren-Ministerium“, das politisch dem Bürgerministerium seines Bruders gleichartig war und auch manchen Wandel in seiner Zusammensetzung erlebte. Leider glück es jenem auch darin, daß es nicht dafür sorgte, die Stellung der Deutschen im Staate endgültig zu sichern; ebensowenig taten dies die Deutsch-Liberalen, deren anerkannter Führer Herbst wurde, nachdem er aus dem Ministerium ausgeschieden war.

Ein folgenschwerer Fehler der Liberalen war es auch, daß sie sich dem nach dem Ausgleich erwachten Streben der Polen nach der Sonderstellung Galiziens kurzfristig widersetzten. Sie taten dies der Großmachtsstellung des Reiches wegen und erhielten dadurch dem Deutschtum diesseits der Leitha die polnischen Gegner, die zusammen mit Tschechen



und Slowenen auf diese Art eine dauernde slawische Bevölkerungsmehrheit bildeten.

So kam es, daß Polen, Tschechen, Slowenen und Italiener unter Ausnutzung der neuen Verfassungsrechte nur um so schärfer gegen das Deutschtum ankämpften und es zum Schaden der Krone und des Staates aus seiner führenden Stellung verdrängten. In Österreich war also der Gang umgekehrt wie in Ungarn: hier verloren die Deutschen ihre geschichtlich und sittlich begründete Stellung, dort wurde die Macht den Madjaren ausgeliefert, ohne daß sie begründeten Anspruch darauf erheben konnten.

Was hier in möglichster Kürze geschildert ist, sind Vorgänge von weittragender Bedeutung.

Die Liberalen der deutschen Verfassungspartei in Österreich erwiesen sich in schicksalschwerer Zeit unfähig, die Sache ihres Volkes zu vertreten — dies bedeutete, daß sie auch dem Staate gegenüber in dem Wichtigsten versagten, da der Staat und seine Ordnung unlöslich mit dem Deutschtum verknüpft waren. Bismarck hat für sie, anspielend auf ihren Führer Herbst, das scharfe Wort von den Herbstzeitlosen geprägt, „die nie etwas zur rechten Zeit getan haben“.

Bis zum Spätjahr 1878 waren die Liberalen im Besitze der politischen Führung des Staates, also volle sieben Jahre — aber obwohl die tschechischen Ansprüche damals schon für das Deutschtum bedrohlich waren, obwohl die deutschen Minister durch Belcredis Pläne und Hohenwarts Vorgehen gewarnt sein mußten, machten sie keinen ernstesten Versuch, die Staatsgewalt zur Sicherung des Deutschtums auszunutzen. Eine unerquidliche Zeitspanne — aber doch nur die Einleitung zu schlimmeren Zeiten.

Schon waren die deutschen Liberalen der Krone mehrfach durch ihre kleinliche Behandlung von Heeresfragen unbequem geworden — auch hier unbelehrt durch die Ereignisse im preußischen Verfassungstampe der Jahre 1861—1866; Kaiser Franz Josef fühlte sich dadurch verletzt, während die Slawen und Klerikalen durch ihr Entgegenkommen in diesen Fragen sein Vertrauen gewannen.

So war der Umschwung schon vorbereitet, als ein Ereignis der auswärtigen Politik die Liberalen in offenen Gegensatz zur Krone brachte.

Infolge des russisch-türkischen Krieges war die Donaumonarchie aus guten Gründen veranlaßt gewesen, die durch den Berliner Kongreß der Türkei belassenen Gebiete von Bosnien, der Herzegowina und das Sandschak von Nowibazar im Sommer 1878 zu besetzen. Graf Andrassy, seit Beusts Entlassung Reichsminister des Auswärtigen, hatte damit nicht nur etwas getan, was zur Sicherung der Grenzen nötig erschien, sondern auch die ruhmvolle Balkanpolitik Habsburgs bis zu Karl VI. wieder aufgenommen. Die Besetzung war in einem Abkommen mit der Türkei als vorläufige bezeichnet — war aber als eine dauernde gemeint und wurde



es in der Tat dadurch, daß die stets in Geldnot befindliche Türkei voraussichtlich niemals in der Lage sein würde, Österreich die Kosten der Besetzung und Beruhigung des Landes zu erstatten.

Freilich war Andrassy in einem schweren Irrtum, wenn er meinte, die Besitzergreifung werde ohne Schwierigkeit vor sich gehen; denn die Bevölkerung der Provinz erhob sich unter der Führung eines Abenteurers Hadjschi Loja und bereitete den einrückenden Truppen üblen Empfang; es kam zu blutigen Kämpfen, ja zu mehreren Niederlagen der kaiserlichen Heeresteile, und es waren schließlich drei Armeekorps nötig, um den Aufstand zu unterdrücken. Durch diese Verwicklungen entstanden sehr bedeutende Kosten, die bei der schlechten Geldlage des Gesamtstaates schwer ins Gewicht fielen.

Gegen diese Politik Andrassys nun, die des Kaisers Billigung hatte, weil sie ihm nach den Landverlusten seiner Regierung einen erwünschten Zuwachs brachte, wendete sich die liberale Verfassungspartei unter der Führung Herbsts, und sie verbiß sich in einen ebenso fruchtlosen, wie törichten Widerstand, der an der vollendeten Tatsache der Besitzergreifung natürlich nichts änderte, aber den Kaiser tief verstimmt. Die Slawen und Klerikalen dagegen traten aufs wärmste für die Besetzung ein und befestigten sich im Vertrauen des Kaisers.

Die parlamentarischen Kämpfe im Wiener Reichsrat brachten das Ministerium Auersperg im Oktober 1878 zu Fall, und nach einem zehnmonatlichen Übergangszustand wurde Graf Eduard Taaffe, der Jugendgenosse und persönliche Vertrauensmann des Kaisers zum Ministerpräsidenten ernannt.

Damit hatte die Schicksalsstunde des Deutschtums geschlagen.

Taaffe nahm zwar zunächst noch einige Liberale ins Ministerium auf, bald aber machte er ihnen das weitere Verbleiben unmöglich und bekannte sich offen zu einem Bunde mit den Klerikalen und Slawen, dessen deutschfeindliche Richtung und Wirksamkeit sich aus der Bezeichnung „eiserner Ring“ entnehmen läßt. — Taaffe sprach das bedeutsame Wort, daß Österreich kein deutsches, sondern ein habsburgisches Reich sei, und erklärte es für die Pflicht der Regierung, die Nationalitäten zu versöhnen.

Das tat er denn in eigenartiger Weise: er leistete den Polen, Tschechen und Slowenen in jeder Weise Vorschub und hatte die deutsche Geistlichkeit und den Feudaladel dabei zu Bundesgenossen; seine Art zu versöhnen, bestand darin, daß er auf Kosten des Deutschtums und freilich auch des Staates jenen Völkern ein Stück staatlichen Einflusses nach dem andern preisgab.

Die Verfassungspartei war über den Kämpfen um Bosnien und die Herzegowina gesprengt worden, so daß das liberale und völkischgesinnte



Deutschtum dem neuen Ministerpräsidenten gegenüber ohne das parlamentarische Machtmittel einer geschlossenen Mehrheit dastand und von ihm mit offenem Hohn behandelt wurde. Jetzt, nachdem das Unglück da war, besannen sich Herbst und seine Freunde auf ihre völkische Pflicht und erkannten die Gefahr, in die das deutsche Volk und mit ihm der Staat geraten war.

Aber es war zu spät.

So sind alle die parlamentarischen Reden, mit denen sie gegen Taaffe und seine slawisch-klerikalen Bundesgenossen stritten, ohne Erfolg geblieben; ehrenhafte Gesinnung, tapferes Bekenntnis zum Deutschtum, aufrichtige Hingebung an den Staat — alles nützte nichts: das liberale Deutschtum war beiseite geschoben.

Und nun geschah das Widerspruchsvolle: zur selben Zeit, wo Andrassy mit Bismarck das deutsch-österreichische Bündnis schloß, um die äußere Machtstellung des Reiches zu heben, begann in beiden Reichshälften eine entschieden deutschfeindliche innere Politik. In Ungarn wurde unter Koloman Tisza die mit allen Mitteln des Druckes arbeitende Majorisierung eingeleitet, von der wir nachher sprechen müssen, in Österreich durch Taaffe die bewußte Schwächung des Deutschtums.

Aber noch hatte es nach dem geltenden Wahlrechte die Mehrheit im Reichsrat — es bestanden die sog. Kurien der Großgrundbesitzer, der Städte, der Landgemeinden und der Handelskammern, und es wurden seit 1873 die Abgeordneten unmittelbar gewählt — also war der Kampf für Taaffe nur möglich, weil er aus dem deutschen Lager in den deutschen klerikalen und feudalen Bundesgenossen fand, die schändlichen Verrat an der Sache ihres Volkes übten.

Schlimm die Verblendung der Liberalen, die es soweit gebracht, schlimm die volksverräterische Haltung der klerikalen und feudalen — aber unbegreiflich die selbstmörderische Politik der Krone und ihrer Regierung.

Hier ist der Ort, die Persönlichkeit des Kaisers Franz Josef und seines Ministerpräsidenten Taaffe ins Auge zu fassen.

Wenn wir ein Bild von dem Kaiser entwerfen wollen, so stoßen wir sofort auf eine Schwierigkeit: dieser Herrscher redete öffentlich nichts oder nur das Notwendigste, und was von ihm, abgesehen von amtlichen Kundgebungen in die Öffentlichkeit kam, erhob sich nicht über das Maß alltäglicher Redensarten — ja es machte den Eindruck der gewollten Alltäglichkeit. Anders als Wilhelm II. bot Franz Josef zur Erkenntnis seiner Persönlichkeit nicht das Hilfsmittel der mündlichen oder schriftlichen Mitteilung seiner Ansichten, Auffassungen, Urteile; wir sind also darauf beschränkt, den Menschen und Herrscher nach seiner politischen Wirksamkeit zu werten: die aber ist heute im Ergebnis schon so völlig zu übersehen, daß ein Urteil erlaubt ist.



Dieser Habsburger hatte eine schwere Aufgabe übernommen, als er im Jahre 1848 mit achtzehn Jahren das zerrüttete, im Aufruhr befindliche Reich überkam — wohl ist es ihm in den 68 Jahren seiner Regierung gelungen, die äußere Machtstellung Österreichs wieder herzustellen, aber das Gesamtreich hat er innerlich zerrüttet von den Kämpfen der Völkerschaften hinterlassen, wie es damals von der Empörung der nach Freiheit verlangenden Völker an den Rand des Abgrunds gebracht war.

Der kaiserliche Jüngling wird als hochbegabt geschildert und soll sich mit Eifer und Fleiß in allen Zweigen der Wissenschaften für seinen Herrscherberuf haben vorbereiten lassen; seine Erziehung war sorgfältig — aber innerlich zerrissen, indem ihm neben streng kirchlichen und absolutistisch gesinnten Lehrern solche von freier Geistesrichtung und neuzeitlicher Staatsauffassung beigegeben waren. Dies scheint bedeutsam für sein Leben geworden zu sein, denn derselbe Zwiespalt, der sich in seiner Erziehung zeigte, geht durch sein ganzes Leben. Größten Einfluß hatte auf den Jüngling seine Mutter, Erzherzogin Sophie aus dem Hause Wittelsbach, eine hervorragende Frau, geistig die Führerin des Wiener Hofes. Obwohl streng kirchlich gesinnt, hatte sie die Mängel der Regierung Metternichs klar erkannt und trat, um ihnen abzuweichen, in vertrauten Verkehr mit liberalen Führern; nach den Ereignissen der stürmischen Jahre 1848—1850 wandte sie sich immer mehr der starren Kirchlichkeit zu und wurde der Mittelpunkt der klerikalen Bewegung.

Niemand wird den unerfahrenen, gerade erst auf den Thron gelangten Fürsten für die Maßnahmen seiner ersten Regierungsjahre verantwortlich machen wollen; die Verantwortlichkeit beginnt erst mit der Zeit, wo er sich in seinem Berufe zurecht gefunden hatte und selbständig entschied. Damit hebt eine Zeit geschichtlicher Widersprüche an, die mit einer Person unvereinbar erscheinen; eine ununterbrochene Reihe tastender Versuche in entgegengesetzten Richtungen; eine Politik der Unentschlossenheit und Halbheit, die zeigt, daß der Kaiser bestimmte Ziele überhaupt nicht hatte und sich weder zur Klarheit über das besondere Wesen seines Reiches, noch zu einem festen Urteil über seine Verwaltbarkeit durchgearbeitet hatte.

Es gewinnt den Anschein, daß seine Staatsauffassung sich zu einer rein habsburgischen festgelegt hatte, die die Bedürfnisse des Staates und der Völker in zweiter Reihe berücksichtigte, in erster aber bedacht war, die Stellung des Hauses Habsburg zu wahren. Läßt dieses Ziel sich mit den bürgerlichen Maßnahmen erreichen, so wird streng zentralistisch-absolutistisch regiert; scheint eine liberal-parlamentarische Staatsleitung förderlich, so wird dazu übergegangen; die Umkehr zum konservativ-föderalistischen Regiment wird vollzogen, wenn die Parteibildung dafür zu finden ist; der Föderalismus wird fallen gelassen, sobald erkannt wird, daß Habs-



burg dadurch gefährdet werden muß; alle Arten der Volksvertretung werden durchgeprobt, von dem mittelbar, durch die Landesvertretungen ernannten Reichsrat bis zum allgemeinen Wahlrecht, das für Österreich eine Ungeheuerlichkeit werden mußte.

Dies lediglich hauspolitische Ziel erklärt es allein, wie derselbe Herrscher nach dem Ausgleich in Ungarn den Madjaren die Macht ließ, und ein straff nationales, liberales Parteiregiment ertrug, während zur gleichen Zeit in Österreich die auch liberalen Deutschen aus der leitenden Stellung verdrängt wurden, und eine Politik der Nachgiebigkeit gegen die Slawen den Staat zu zertrümmern drohte.

Den Bedürfnissen des Hauses Habsburg wurde alles untergeordnet: fürchtet Habsburg für seine Stellung wegen des Trokes der Madjaren, so opfert es ihnen die Einheit des Reiches und nachher in Ungarn die Rechte der nicht-madjarischen Völker; fürchtet Habsburg, daß seine Deutschen diesseits der Leitha den Anschluß ans Deutsche Reich erstreben, so sucht es die Slawen durch Nachgiebigkeit an sich zu fetten und die verdächtigen Deutschen zu schwächen.

So allein ist die an grundstürzenden Widersprüchen reiche Regierung Franz Josefs zu erklären — nicht aber zu verstehen.

Es ist gewiß, daß seine Aufgabe, einen Staat mit vielen Völkerschaften ungleicher Anlage, ungleicher Bildung und ungleicher wirtschaftlicher Entwicklung zu lenken, unendlich schwer, vielleicht unlösbar war — aber die Unlösbarkeit ist nicht erwiesen, denn der Versuch ist nicht gemacht worden, in Ungarn den Madjaren die Herrschaft nur unter verfassungsmäßiger und tatsächlicher Sicherstellung der Nichtmadjaren zu überlassen und diesseits der Leitha den deutschen Charakter des Staates festzulegen unter beschränkter Anerkennung der Rechte der Slawen und Italiener.

Es gibt, wenn unter ihm das Reich in allen Zügen frachte, nur eine Entschuldigung für Franz Josef, die Verblendung der führenden Deutschen in den siebziger Jahren. Daneben aber steht fest, daß die engherzige Betrachtung seiner Aufgabe aus dem Gesichtspunkte des Habsburgers ihn weder als großen Menschen, noch als berufenen Herrscher erscheinen läßt — und das Urteil über seine politischen Fähigkeiten und Maßnahmen muß vernichtend lauten, wenn die geschichtliche Entwicklung dartut, daß gerade durch diese Habsburger-Politik das Haus Habsburg in seiner Macht, in seinem Ansehen geschädigt wurde: denn in Ungarn hatte sie dem Übermute der Madjaren so sehr die Zügel schießen lassen, daß der König immer nachgeben mußte, wenn er nicht offene Auflehnung erleben wollte — und in Österreich wurden Tschechen, Italiener und Slowenen offene Feinde des Hauses Habsburg, während die Polen ein glückliches Sonderdasein führten und sich weder um Habsburg noch um den Gesamtstaat anders kümmerten, als daß er die ständigen Sehlbeträge



aus den Mitteln der westlichen Kronländer zahlen durfte; alle freiheitlich gesinnten Deutschen aber standen verstimmt beiseite.

Wer diese Politik nach ihren Erfolgen beurteilt, staunt über ihre Unklarheit und Ziellosigkeit, ihr Verrechnen in allen wichtigsten Möglichkeiten. Der amtliche Vertreter dieser „Habsburger-Politik“ Graf Eduard Taaffe war wie dazu geschaffen, eine solche „Staatskunst“ einzuleiten. Undeutscher Abstammung — sein Vater war Ire — blieb ihm deutsches Wesen immer fremd; er war ein Mann von Verstand, aber ohne Charakter und Wissen; grundlos, leichtfertig-überhebend, ein Menschenverächter; ganz ohne Verständnis für die Fragen des Volkstums und die sittlichen Pflichten eines Regierenden, ging er spielerisch daran, den von ihm für gefährlich gehaltenen Deutschen ein Gegengewicht durch die politische Stärkung der Slawen zu bieten. Daß dieser Staat nur zu halten war durch das Band eines herrschenden Volkstums, daran dachte dieser frevelhaft Leichtfertige nicht.

Dieser Mann genoß das Vertrauen des Kaisers — und wenn von dem Beauftragten auf den Auftraggeber geschlossen werden darf, so muß auch danach das Urteil hart ausfallen. Ein unerhörter Mißgriff, an die Spitze des Staates diesen für jede höhere Aufgabe Untauglichen zu stellen — aber es war das besondere Unglück Franz Josefs, daß er, mit wenigen Ausnahmen, Untaugliche zu seinen Beratern gewählt hat. Die erste verhängnisvolle Tat des Ministeriums Taaffe war die Sprachen-Verordnung des Justizministers Stremayer, der bezeichnender Weise wie Taaffe selbst aus den Reihen der Verfassungspartei hervorgegangen war; sie bestimmte im wesentlichen, daß in Böhmen alle Verwaltungs- und Gerichtsbehörden Eingaben in tschechischer Sprache entgegennehmen und erledigen sollten und daß auf Verlangen Verhandlungen, an denen Tschechen beteiligt waren, in tschechischer Sprache abgehalten werden mußten. Damit war tatsächlich die Zweisprachigkeit der Ämter eingeführt und im weiteren die einheitliche Staatsverwaltung unmöglich gemacht, wenn nicht dies wichtige Kronland ganz den Tschechen preisgegeben werden sollte. Das aber geschah in Wirklichkeit: denn die Deutschen weigerten sich überwiegend, tschechisch zu lernen, die Tschechen aber beherrschten aus naheliegenden Gründen die deutsche Sprache und hatten, da in Böhmen nur noch beide Sprachen handhabende Beamte angestellt wurden, das tatsächliche Vorrecht. Nach und nach drangen sie in alle Ämter ein; — unter Förderung der Beamten wurden dann die Stadtverwaltungen einer gemischtsprachigen Stadt nach der andern erobert und die Mehrheit im böhmischen Landtage gewonnen. Einmal im Besitze der Macht zeigte das Tschechentum die rücksichtsloseste Gier nach Alleinherrschaft. Die Deutschen wurden als Fremdlinge im Lande, als Eindringlinge behandelt; wo es anging, wurde in den Gemeinden die tschechische Sprache als die der Verwaltung allein



eingeführt, kurz das Deutschtum wurde zurückgedrängt in die Rolle eines geduldeten Rechtlosen.

Und dies trotzdem die Deutschen infolge ihrer wirtschaftlichen Überlegenheit bei geringerer Volkszahl den größeren Teil der Staats- und Landessteuern aufbringen mußten, die dann von der tschechischen Mehrheit des Prager Landtages schamlos fast nur für tschechische Zwecke verwendet wurden.

Diesem Treiben sah der Staat nicht nur ruhig zu, er begünstigte es mindestens im Anfang und hatte in der Folgezeit nicht mehr den Mut, ihm entgegenzutreten.

Ein richtiges Bild dieser Entwicklung gibt das Schicksal der Landeshauptstadt Prag, die im Jahre 1855 neben 73 000 Deutschen 50 000 Tschechen zählte; im Jahre 1910 waren es rund 200 000 Tschechen und 18 000 Deutsche; die alte deutsche Kaiserstadt war den Slawen ausgeliefert.

Dies Ergebnis — wie es sich ähnlich in zahllosen anderen Städten Böhmens findet — ist nicht nur auf die stärkere tschechische Zuwanderung und Vermehrung zurückzuführen, sondern auch auf den Massenabfall von Deutschen oder den Rückfall eingedeutschter Slawen, endlich auf die jüdischen Überläufer, die sich mit den tschechischen Erfolgen von der deutschen auf die tschechische Seite schlugen.

Den Norden und den Westen des Landes Böhmen vermochten die Deutschen zu halten, aber der tschechische Angriff dauerte fort; die deutschen Sprachinseln im tschechischen Sprachgebiet, wie das wichtige Budweis, wurden aufs äußerste gefährdet.

Die Erfolge in Böhmen ermunterten die Tschechen zu Vorstößen in Mähren und Schlesien, die in derselben Weise wie dort von dem Wohlwollen der Behörden begünstigt wurden und ihnen stetige Fortschritte brachten. Noch mehr, sie wagten sich nach Niederösterreich und machten den Anspruch geltend, daß auch dies deutsche Kernland tschechischer Urbesitz sei; in Wien nahmen sie eine den deutschen Charakter der Reichshauptstadt gefährdende Stellung ein und breiteten sich unaufhörlich aus.

Eine Folge der tschechischen Fortschritte war das Erwachen der slowenischen Bewegung in Südsteiermark, Krain, Kärnten und Görz, die in unverantwortlicher Weise von den Behörden großgezogen wurde; diese südslawischen Volkssplitter, ohne eigene Sprache, wirtschaftlich ganz unentwickelt, fast ausschließlich kleinbäuerlich lebend, wären niemals in der Lage gewesen, die Jahrhunderte alte deutsche Führerschaft abzuschütteln, wenn nicht der Staat selbst sie dazu gebracht hätte. So kam es, daß auch in den Alpenländern überall der Kampf der Nationalitäten aufloderte, wo Slawen neben Deutschen wohnten, und daß die Slowenen, wo sie die Mehrheit gewannen, mit derselben wilden Rücksichtslosigkeit vorgingen, wie die siegreichen Tschechen in Böhmen.



Südsteiermark wurde ernstlich bedroht, Krain wurde den Slowenen politisch ebenso ausgeliefert wie Görz — in Kärnten aber wahrte sich das Deutschtum tapfer und erfolgreich seine Stellung.

Damit aber nicht genug — auch die Italiener Südtirols wurden unter behördlicher Begünstigung zum Kampfe gegen das Deutschtum aufgestachelt; vom Königreich Italien, nach dem die „Unerlösten“ Südtirols sehnsüchtig blickten, wurde die Bewegung geschürt. Ihre politische Bedeutung war nicht zu verkennen und sollte dem Staate noch schwere Sorge bereiten.

Die letzte Errungenschaft des Streites der Nationalitäten war die Bildung einer national-jüdischen Partei „der Zionisten“.

Das Ergebnis der „Versöhnungs-Politik“ Taaffes lag bald vor: überall, wo mehrere Völker nebeneinander wohnten, war unverföhnlicher Haß großgezogen worden, waren die Gegensätze bis zum Äußersten zugespitzt. Die Achtung vor dem Staate wurde untergraben, das wirtschaftliche Leben lahmgelegt, die gesamte Entwicklung auf den toten Punkt gebracht.

Nachdem es aber durch die leichtfertige Politik Taaffes und seiner Nachfolger soweit gekommen war, daß der Nationalitätenstreit das gesamte politische und wirtschaftliche Leben im Reiche beherrschte, wurde ein gefährliches Gegengift verordnet: die internationale Sozialdemokratie wurde behördlich großgezogen, um die nationalen Gegensätze zum Verschwinden zu bringen. Auch nach dieser Richtung hat Taaffe den ersten Schritt getan — den letzten Freiherr von Beck mit der Durchdrückung des allgemeinen Wahlrechts, das der Sozialdemokratie zwar sofort ungeheure Erfolge brachte, aber den Nationalitätenkampf nicht im geringsten dämpfte.

Man hat es fertig gebracht, dem Staate neben den Slawen auch die Sozialdemokraten als gefährliche Feinde großzuziehen.

Damit war der Staat mit unvergleichlicher Kunst und Folgerichtigkeit auseinanderregiert, und das Haus Habsburg hatte die Grundlage seiner Macht — den Einfluß der Deutschen — leichtfertig untergraben.

Graf Taaffe war seines Weges sicher; er machte gar nicht den Versuch, sich mit den deutschen Warnungen ernsthaft und sachlich auseinanderzusetzen; in seinem Gedankengange war die Einheit des Staates gegeben durch die Einheit des Herrschers, der katholischen Geistlichkeit, des Heeres. Daß auch die Einmütigkeit der Völker dazu gehörte, dieser selbstverständliche Gedanke hatte im Kopfe dieses eigentlich Vaterlandslosen keinen Raum.

Die Entwicklung, die wir um der Einheitlichkeit der Darstellung willen bis zu ihrem beim Ausbruch des Weltkriegs übersehbaren Ergebnis verfolgt haben, setzte mit Taaffe ein; er mußte bald erfahren, daß er in dem slawischen Machtstreben Geister gerufen hatte, die er nicht mehr los werden konnte — das aber brachte ihn nicht zur Umkehr, sondern zu einer frevel-



haften Politik, die einen kleinen Tageserfolg, die Ruhe des Augenblicks, mit der dauernden Preisgabe wichtiger Staatsrechte bezahlte. Er nannte das gemüthlich „Sortwursteln“ oder „Durchfretten“ und betrieb diese gedankenlose Art der Mißregierung solange, bis er überall unmöglich war.

Mochte er auch ruhmlos von der Bildfläche verschwinden, der unselige Mann — seine Nachfolger befolgten im Grunde dieselbe Politik, nur mit etwas mehr äußerlichem Ernste und größerer Salbung. Sie mußten also alle scheitern und sind alle gescheitert.

Wir können die parlamentarischen Kämpfe im Wiener Reichsrat und in den Landtagen von Taaffe ab nicht im einzelnen schildern, auch nicht die Maßnahmen der zahllosen Ministerien, die auf Taaffes im Jahre 1893 eingetretenen Sturz folgten: es sei festgestellt, daß sie unfruchtbar waren, ja daß zeitweise die Staatsmaschine völlig zum Stillstand gebracht war.

Die deutschen Parteien, seit den Tagen der „Herbstzeitlosen“, soweit sie nicht klerikal waren, in Kampfesstellung gegen die Regierungen, versagten; der uraltd Deutsche Jammer der Zerrissenheit, des Mangels an Unterordnung, des Sondergeistes, wollte auch in diesen Nöten des Volkstums nicht verschwinden. Der deutsche Feudaladel und der Klerus und alle, die ihnen folgten, begingen offenen Volksverrat — um so schlimmer, daß die freiheitlich und unbedingt völkisch gesinnten Deutschen nicht zu einer großen, der Macht fähigen Partei gekommen sind.

Das ist ein trostloses Bild, und es wird dadurch nicht erfreulicher, daß in Tagen höchster Erregung, wie zur Zeit des polnischen Ministerpräsidenten Grafen Badeni (1895—1897) eine vorübergehende Einigkeit zustande kam; denn sobald das Schlimmste abgewandt war, trat wieder der alte Zwiespalt zutage. Es ist nicht anders: alle deutschen Parteien, alle deutschen Politiker haben versagt und tragen die Verantwortung dafür, daß ihr Volk die ihm gebührende Stellung im Staate verloren hat. Es ist ein hartes Wort, das einer der Nachfahren Taaffes gesprochen hat: „Was will ich machen? Es ist mit den Deutschen nicht zu regieren“ — aber es war leider wahr; es war wohl auf die Dauer unmöglich, gegen sie zu regieren — mehr konnten die der Selbstucht und der Unterordnung unter die Sache ihres Volkes entbehrenden deutschen Parteien nicht erreichen. Ein Jammer, daß die völkische Bewegung, der Georg von Schönerer ein Führer geworden war, Schiffbruch gelitten hat: hier war Begeisterung und Opferwilligkeit, Mut und Erkenntnis, und das Linzer Programm vom Jahre 1882 zeigte einen gangbaren Weg zur Wiederherstellung der deutschen Macht, der zugleich zur staatlichen Ordnung geführt hätte. Es verlangte in der Hauptsache, daß Galizien und die Bukowina aus Österreich ausscheiden sollten, daß in dem verbleibenden Kleinösterreich, in dem dann die Deutschen die Mehrheit hätten, die deutsche



Staatsprache gesetzlich eingeführt würde und daß das Habsburger Gesamtreich in ein gesetzlich festgelegtes ewiges Bündnis mit dem deutschen Reiche trete.

Georg von Schönerer ist in den matten Tagen der Deutschliberalen der Erwecker eines entschiedenen, stolzen Volksbewußtseins geworden, und dies Verdienst wird fortleben — um so trauriger, daß durch seine Schuld, seine mangelnde Selbstzucht, seine Fehler in der Behandlung seiner Gesinnungsgenossen, seine Mißgriffe in der Wahl seiner Vertrauten, die hoffnungsvolle Bewegung zu so kläglichem Ende gekommen ist. Mit sicherem Gefühle hat er jede neue Gefahr für das Deutschtum erkannt und sich in die Bresche gestellt — aber es fehlten ihm die wichtigsten Eigenschaften des politischen Führers: die Unterordnung unter die Sache und die Fähigkeit, einmal gewonnene Gesinnungs- und Kampfgenossen zusammenzuhalten — so schmolz die Schar seiner Anhänger dahin, und schließlich stand er fast ganz allein. Er hat bis zuletzt den selbstmörderischen Entschluß der deutschen Parteien bekämpft, für die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in Österreich einzutreten, das die politische Herrschaft der Slawen verewigen mußte. Er hat es nicht verhindern können, daß aus Parteieigennutz und persönlichen Rücksichten die Mehrzahl der Deutschen im Reichsrat für das allgemeine Wahlrecht entweder offen eintrat oder sich bei der Entscheidung der Stimmen enthielt; es ist Gesetz (1906) geworden und hat die Folgen gehabt, die jeder Denkende vorhersehen mußte: eine weitere Schwächung der Deutschen.

Es ist beschämend und bietet ein politisches Gegenstück zu dem Dasein und der Wirksamkeit des Zentrums und der Sozialdemokratie im deutschen Reiche, daß die Deutschen Österreichs trotz ihres geistigen und wirtschaftlichen Übergewichts sich politisch haben entrechtet lassen; ihren Kämpfen fehlte leider die sittliche Kraft, die Unterordnung der Person unter die Sache, diejenige der Partei unter das Wohl des Volkes; es fehlte zu vielen die Selbstzucht und die Erkenntnis, daß der Politiker erst dann seinem Volke zu nützen beginnt, wenn er aufgehört hat, an sich zu denken.

So haben die Krone, die Staatsgewalt, die Parteien am deutschen Volke gesündigt. War keine Hilfe gegen solchen Drang? Die brachte zum Glück die Arbeit der deutschen Schutzvereine, die in allen bedrohten Kronländern entstanden waren und, von tapferen, selbstlosen Männern geleitet, überall eingriffen, um zu retten, was zu retten war. Gewiß war es nur Kleinarbeit, die sie verrichteten — aber ihre Summe ergab eine gewaltige Leistung.

Die Männer, die — abseits der politischen Parteien — in den Volksräten, in der Südmärk, im Schulverein, in all den anderen Schutzverbänden ihre Volkspflicht erfüllten, wurden die Träger der deutschen Hoff-



nung und übernahmen die Aufgabe, jeden bedrohten Posten zu halten, bis ein Wandel einträte.

\* \* \*

Einst hatte Kaiser Franz Josef auf dem Frankfurter Fürstentage sich einen deutschen Fürsten genannt — die Geschichte widerlegt ihn: mag sein, daß er es damals noch war oder geglaubt hat zu sein, aber sein Sinn hatte sich abgewandt von dem Volke, dem sein Haus Dasein und Macht verdankte, er war nur eines noch — und das konnte dem deutschen Gesamtvolke nichts sein: Habsburger.

Am 2. Dezember 1908 waren es 60 Jahre, daß er über Österreich-Ungarn herrschte; am selben Tage mußte in Prag das Standrecht verkündet werden, weil wüste Tschechenbanden seit Wochen die deutschen Studenten verfolgten und verlangten, daß die älteste deutsche Hochschule aus dem tschechischen Prag vertrieben werde. Die Aufrührer riefen: „Tod den Deutschen“ — aber sie sangen auch Schmählieder auf Österreich und den Kaiser, priesen Rußland, Serbien und Frankreich und scheuten sich nicht, ihre hochverräterischen Neigungen offen zur Schau zu tragen. Erst die Drohung mit dem Henker stiftete Ruhe. —

Der Jubeltag in Prag zeigte der Welt, wohin dies Österreich gekommen war. Und bis zum Krieg ist es nicht anders geworden: der Staat trachte an allen Ecken und Enden — und kein rettender Entschluß, kein ernstester Wille, der die Umkehr brachte!

Vor allen Dingen bei den Spitzen des Staates kein Anzeichen dafür, daß sie die grundlegende Bedeutung der Deutschen für das Reich erkannt hatten und das eigentliche Staatsvolk dieser Bedeutung entsprechend behandeln wollten. Und dies, obgleich das deutsche Volk im letzten Jahrzehnt zweimal seine unbedingte Treue und Opferwilligkeit glänzend bewährt hatte, als Serbiens Haltung zunächst im Jahre 1908 auf 1909 nach der Einverleibung Bosniens, und dann während des Balkankrieges im Jahre 1912 auf 1913 das Reich unmittelbar vor den Krieg mit Rußland und Serbien stellte. In beiden Fällen mußte das Heer monatelang auf Kriegsfuß gesetzt werden; die Kosten hierfür trugen zum Hauptteil die Deutschen infolge ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, und wiederum die Deutschen waren während der Kriegsbereitschaft auf den schwersten Posten unmittelbar vor den Feind gestellt worden. Die Tschechen und Slowenen gaben unverhüllt zu erkennen, daß sie mit ihren Gefühlen und Wünschen auf Seiten der Feinde Österreichs standen, ja es kam zu offenen Meutereien. Auch diese Vorgänge scheinen dem, auf den es am letzten Ende ankam, die Augen nicht geöffnet zu haben: Kaiser Franz Josef ließ mindestens nicht merken, daß er über den Wert und die Zuverlässigkeit seiner Völker endlich unterrichtet sei.



Wie wäre es sonst möglich, daß die sog. „lex Kolisko“ seine Unterschrift trotz ihrer Notwendigkeit nicht gefunden hat? Wiederholt hatte der niederösterreichische Landtag auf den Antrag des Abgeordneten Kolisko beschlossen, daß die Unterrichtssprache an allen öffentlichen Volks- und Bürgerschulen ausschließlich deutsch sein soll — eine Maßnahme, durch die das deutsche Wesen des Kronlandes sicher gestellt werden sollte. Die Landtage von Ober-Österreich, Salzburg und Vorarlberg hatten den gleichen Beschluß gefaßt; die Deutschvölkischen und die Christlich-Sozialen taten alles, um die kaiserliche Bestätigung zu erreichen. Aber der Kaiser vollzog das Gesetz nicht, obwohl es eigentlich Selbstverständliches bestimmte und schließlich dem Vorteil der Krone und des Staates dienen sollte!

Kann man es den Deutschen verdenken, wenn sie längst verlernt hatten, an das Wohlwollen des Kaisers zu glauben? Auch die Verwaltung ließ jahraus jahrein durch zahllose Einzel-Maßregeln erkennen, daß sie zwar bemüht war, die gute Laune der Slawen zu erhalten und zu erkaufen, aber die Treue der Deutschen trotz allem für selbstverständlich ansah und auf sie keine Rücksicht zu nehmen brauchte.

Und dies wiederum, nachdem die Deutschen bei der Wahl vom Juni 1911 die im Reichsrat ausschlaggebende Stellung erobert hatten: der Nationalverband, der in der Hauptsache die völkisch und freiheitlich gesinnten Abgeordneten umfaßte, brachte es auf über hundert Sitze; die Christlich-Sozialen erlitten eine Niederlage und wurden zu der Erkenntnis gebracht, daß sie nicht ungestraft die deutsche Sache vernachlässigen dürften. Damals hat sich eine Annäherung zwischen beiden Gruppen vollzogen und es schien, daß der Flügel der Christlich-Sozialen, der völkisch dachte, die Führung innerhalb der Partei gewonnen hätte.

In dem wichtigen Kronland Böhmen nötigte die tschechische Anmaßung und Ungerechtigkeit die Deutschen in der letzten Zeit vor dem Krieg, durch beharrlichen Widerstand im Landtage die ganze Verwaltung lahmzulegen. Sie zwangen dadurch die Tschechen zu Verhandlungen über die Abgrenzung der beiderseitigen Besitzstände, Ansprüche und Einflußgebiete, der erstrebte Ausgleich scheiterte aber an der Haltung der Tschechen, und Böhmen mußte einer außerhalb der Verfassung stehenden Verwaltungsbehörde unterstellt werden.

In den gemischt-sprachigen andern Kronländern trieben die Slawen längst die „Obstruktion“, so daß von einer geordneten Verwaltung nicht gesprochen werden konnte. Im Reichsrat selbst war der gleiche Zustand eigentlich der gewöhnliche geworden — kurz, der Staat war aus Rand und Band, und nur die politische Macht des Beharrens hielt ihn zusammen.

Trotz alledem wirkten die Deutschen dabei mit, das Heer und die Flotte zu verstärken, obwohl sie die Hauptlast der Kosten beider tragen



mußten; noch immer gaben sie dem Staate, was des Staates war — freilich auch geleitet von der Erwägung, daß Österreich-Ungarn ein gleichwertiger Bundesgenosse des Deutschen Reiches sein müsse.

So wenig das Verhalten des Staats-Oberhauptes und der Behörden den Deutschen freundlich und günstig war — die letzten Jahre vor dem Kriege hatten doch eine Besserung ihrer Stellung innerhalb des Staates und gegenüber den andern Völkern gebracht. Die Arbeit der Schutzvereine tat ihre Wirkung, der Druck hatte Gegendruck erzeugt, die Erkenntnis von der Notwendigkeit des Zusammenhaltens aller Deutschen hatte Fortschritte gemacht, und die Deutschen waren der politischen Macht wieder nähergerückt, als jemals seit Taaffes Zeiten. Der Widersinn, daß das nach jeder Richtung wertvollste Volk des Reiches politisch totgeteilt werden sollte, wurde durch das Schwergewicht alles dessen, was dies Volk ist und bedeutet, widerlegt. In solcher Lage fand der Ausbruch des Weltkrieges Österreich und die Deutschen. Jedem, der die Verhältnisse kannte, war es klar, daß die Hauptlast des Kampfes auf den Deutschen ruhen würde, und es war die Frage, ob die Krone und der Staat es ihnen möglich machen würden, diese Last zu tragen, um das Reich über die Gefahren des Krieges hinaus zu retten, zu erhalten.

### Ungarn nach dem Ausgleich.

Wir wissen, die Deutschen sind nach Ungarn nicht als Eroberer, nicht als Eindringlinge gekommen; sie waren dem Rufe der ungarischen Könige gefolgt, die durch sie dem Volke der Madjaren eine höhere Kultur übermitteln wollten. So waren unter Stefan I. (997—1038) ganze Scharen deutscher Adelige und Bürger, besonders bayrischer Abstammung, eingewandert; dieser König, dessen Andenken die Madjaren besonders ehren, hatte seinem Sohne und Nachfolger die Deutschen als „Stützen und Zierden“ des Reiches empfohlen.

Die Einwanderung dauerte fort und breitete sich über das ganze Land aus, von der Leitha im Westen bis zum äußersten Südosten; fast alle großen deutschen Stämme waren vertreten, vor allem aber Franken von der Mosel und vom Niederrhein. Die bedeutsamste Siedelung des Mittelalters ist diejenige der Deutschen in Siebenbürgen; Moselfranken waren es, die auf den Ruf Geislas II. (1141—1161) ins Land gekommen waren; unter dem über ihre Herkunft irreführenden Namen der „Siebenbürger Sachsen“ haben sie als zähester deutscher Volksstamm, als treueste Anhänger des Königtums, als tapfere Verteidiger des Südostens und als erfolgreiche Kulturbringer geschichtlichen Ruhm gewonnen.

In der Hauptsache saßen die Deutschen in den Städten, wo sie sich in Handel, Handwerk und gelehrten Berufen betätigten, und ein großer